

31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

Beschluss

Seite 1 von 11

1 **BETR.: Selbstbestimmt in allen Lebenslagen**

2 **Antragsteller: Landesvorstand FDP Brandenburg**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 Präambel

5 Seniorinnen und Senioren sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Sie haben unser Land
6 nach vorn gebracht, nachfolgenden Generationen den Weg geebnet und sind mit ihrer
7 Lebenserfahrung wichtige Ratgeber. Deshalb erwartet diese Bevölkerungsgruppe zu Recht, dass
8 Politik ihre Bedürfnisse ernst nimmt. Wir wollen gemeinsam mit den Älteren einen Beitrag für
9 ein neues Seniorenbild in unserer Gesellschaft leisten und die großen Ressourcen nutzen, die
10 im Wissen und den Lebenserfahrungen älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger liegen. Wir
11 setzen uns klar gegen jede Form der Altersdiskriminierung ein.

12 Der demografische Wandel in unserem Land stellt uns vor politische Herausforderungen. Die
13 umlagefinanzierten Systeme von Rente und Pflege drohen zu kollabieren. Die Folgen spüren
14 junge und alte Generationen gleichermaßen. Unter einer Politik, die wichtige Fragen wie die
15 Finanzierung der Rente und Pflege nicht aktiv angeht, leiden alle Generationen.

16 Wir schaffen eine Politik, die an alle Generationen denkt und Fehlentscheidungen aus der
17 Vergangenheit korrigiert. Das ist eine Grundvoraussetzung, dass die junge Generation nicht
18 unter der Beitragslast zusammenbricht und Seniorinnen und Senioren auch im hohen Alter in
19 unserem Land ein würdevolles Leben führen können.

20 Nicht nur Seniorinnen und Senioren verdienen eine zukunftsfähige Renten- und Pflegepolitik.
21 Sie verlangen zu Recht individuelle Lösungen für Wohnen, gesundheitliche Betreuung, Lernen
22 und Engagement im hohen Alter.

23

24 Ältere Menschen wollen sich engagieren und am gesellschaftlichen Leben teilhaben

25 Wir verstehen uns als Bürgerpartei für alle Generationen, auch als Interessenvertreter der
26 aktiven Älteren. Wir verstehen Seniorenpolitik nicht als isoliertes Themenfeld, sondern als eine
27 alle Politikbereiche durchdringende Querschnittsaufgabe.

28 Wir wollen gemeinsam mit den Älteren ein neues Seniorenbild in unserer Gesellschaft
29 entwickeln und vorleben. Die großen Ressourcen, die im Wissen und den Lebenserfahrungen
30 älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger liegen einbeziehen und nutzen. Deutschland kann es sich
31 nicht leisten, Kenntnisse und Engagement einer stetig wachsenden Zahl seiner Bürger brach
32 liegen zu lassen.

33

34 Die eigenen Erfahrungen, Zeit und Kraft möglichst lange und nach eigenem Ermessen in eine
35 sinnvolle Tätigkeit einzubringen, ist befriedigend für Senioren und eine wertvolle Ressource für
36 die gesamte Gesellschaft. Eine hohe soziale und fachliche Kompetenz sowie der kontinuierliche
37 Aufbau eines breiten Wissens- und Erfahrungsschatzes entlang der Bildungs- und
38 Erwerbsbiografie gleichen die mit dem Alter einhergehenden Defizite sehr wohl aus.

39

40 Das ist eine große Chance für unsere wissensbasierte Gesellschaft, die nicht nur auf die
41 Vermehrung von Erkenntnissen, sondern auch auf die Einordnung und Bewertung dieser
42 Erkenntnisse angewiesen ist. Durch den engagierten Einsatz erfahrener Arbeitskräfte kann
43 möglichen Produktivitätsverlusten und einem demografisch bedingten Rückgang des
44 Bruttoinlandsprodukts entgegengewirkt werden. Hier gilt es zudem, die
45 Beschäftigungspotenziale von erwerbslosen älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu
46 aktivieren.

47

48

49

50 Die Vorteile altersgemischter Teams nutzen

51

52 Teams, die sich aus unterschiedlichen Altersstrukturen zusammensetzen sind ein Erfolgsfaktor
53 im Wettbewerb. Alle Beteiligten können voneinander lernen und profitieren. Daher gilt es
54 Arbeitszeitmodelle insbesondere im Alter zu reformieren.

55

56

57 Arbeitsmodelle und Personalgewinnung überdenken

58

59 Ein Mix aus flexiblen Arbeitszeitmodellen und wirksamem Gesundheitsmanagement führt zu
60 mehr Zufriedenheit bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und sichert so die
61 Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

62

63 Um die Integration älterer Menschen und ihrer Kompetenzen in Arbeitsprozesse zu
64 unterstützen, fordern wir eine alterssensible Personalpolitik. Ein demografieorientiertes
65 Personalmanagement, das alle Altersstufen berücksichtigt, kann die Innovationsfähigkeit
66 erhalten und eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer unterstützen.

67

68

69 Individuelle Fähigkeiten gezielter nutzen

70 Wir fordern die Entwicklung von technischen Assistenzsystemen, die insbesondere ältere
71 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihren Aufgaben unterstützen. Diese Systeme sind als
72 „Fähigkeitsverstärker“ zu verstehen. Sie sollen die körperlichen Fertigkeiten oder das
73 Wissenspotenzial von Arbeitnehmerinnen und -nehmern individuell ergänzen. Wir wollen, dass

74 Wissen und Fertigkeiten zum Wohle des einzelnen Menschen und auch für den
75 gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozess gezielt ausgebaut werden.

76

77

78 Individuelles Wohnen in jedem Alter

79 Wir wollen das barrierefreie Bauen aktiv fördern. Damit verbunden sind insbesondere bei
80 vorhandenen Wohnungen und Häusern umfangreiche Umgestaltungs- und Baumaßnahmen zur
81 Erreichung der Barrierefreiheit. Die Kreditvergabe für altersgerechte Sanierungen und
82 Umbauten muss verbessert werden, damit das selbstbestimmte Wohnen auch als solches
83 realisiert werden kann.

84

85 Mit einer sich verändernden Gesellschaft gehen auch veränderte Kommunen und Städte
86 einher. Deshalb sind alle städtebauliche Veränderungen barrierefrei zu planen und zu
87 realisieren. Ein besonderes Augenmerk sollen die Kommunen und Städte auf die Bereiche im
88 öffentlichen Raum legen, die noch nicht barrierefrei sind. Vielerorts fehlt es an öffentlichen
89 Toiletten, ein Defizit, dass vor allem Ältere in ihrem Bewegungsradius einschränkt und daher
90 dringend behoben werden muss.

91 Wir wollen die Umnutzung bereits vorhandener Flächen erleichtern. Die vorhandenen
92 Bebauungspläne müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Die damit einhergehenden
93 Änderungsverfahren, die derzeit zwei Jahre oder länger dauern, müssen bürokratieärmer
94 gestaltet und beschleunigt werden. Auch Nutzungsänderungen bestehender Gebäude möchten
95 wir erleichtern, etwa um geeignete Gewerbebauten auch in Wohnraum umwandeln zu können
96 und eine größere Flexibilität der Nutzung vorhandener Gebäude zu ermöglichen.

97

98 Die ältere Generation ist eine Bereicherung für die heranwachsenden Menschen. Ein ständiger
99 und regelmäßiger Kontakt beugt nicht nur Einsamkeit vor, er ermöglicht gleichzeitig den

100 Austausch von Erfahrungen und Wissen. Aus diesem Grund wollen wir
101 generationsübergreifende Wohnprojekte fördern und uns für intragenerationellen Austausch
102 einsetzen.

103

104 Orte der Begegnung, die geschaffen werden, müssen für alle Generationen nutzbar sein. So
105 können alle Generationen miteinander gestalten und voneinander lernen.

106

107

108 Bildung bis ins hohe Alter

109 Bildung ermöglicht in allen Lebensbereichen soziale Teilhabe und sorgt im Alter für die Stärkung
110 der physischen Gesundheit. Bildungsangebote für ältere Generationen müssen vermehrt
111 erstellt, stärker beworben und gefördert werden. Es braucht eine Stärkung der digitalen
112 Angebote sowie der verbesserten nachhaltigen Förderung von bspw. Musikschulen oder
113 Volkshochschulen.

114 Alle Angebote im Bildungs- und Integrationsbereich sollen auf einer landesweiten digitalen
115 Plattform gebündelt und dargestellt werden.

116

117 Zudem setzen wir uns für weitere und mithilfe von Digitalisierung verbesserte
118 Fortbildungskonzepte für jeden Lebensabschnitt ein.

119 Den Bundesfreiwilligendienst wollen wir für Seniorinnen und Senioren attraktiver machen. Für
120 uns Liberale Brandenburg steht fest, dass alle Menschen eine freiwillige soziale Teilhabe
121 anbieten können, wenn sie dies möchten.

122

123

124 Im Alter mobil bleiben

125 Zur Erreichung ihrer Ziele möchten viele Menschen den öffentlichen Personennahverkehr
126 nutzen. Gerade im ländlichen Raum ist dies aufgrund mangelhafter Taktung oder
127 barrierereichen Beförderungsmitteln für viele nicht möglich. Deshalb wollen wir die dringend
128 benötigte Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs vorantreiben und die Barrierefreiheit in
129 den Transportmitteln ausbauen. Insbesondere die barrierefreie Umgestaltung der Einstiege gilt
130 es hierbei zu realisieren. Da es aus Kostengründen nicht möglich ist, jeden Ort mit einer
131 ausreichenden Taktung zu versorgen, sind die ~~Die~~-sogenannten Rufbusse ~~sind~~ für uns ein
132 wichtiges Element, um insbesondere die Fläche bedarfsgerecht zu versorgen.

133

134

135 Seniorinnen und Senioren beteiligen

136 Wir wollen, dass sich viele Menschen ehrenamtlich engagieren. Aus diesem Grund sollen vor
137 allem in kommunalen Jugendräten sowie Seniorenräten die Anreize der Beteiligung durch eine
138 Rede- und Antragsrecht gestärkt werden.

139

140 Dieses ehrenamtliche Engagement in den kommunalen Parlamenten, aber auch in anderen
141 Bereichen wie der Vereinsarbeit braucht zusätzliche Anreize und eine bessere Anerkennung.
142 Hier sollen ideelle und materielle Vergütungen umfangreicher ausgestaltet sein, z.B. durch eine
143 verlässliche Ehrenamtszuschale und der Dokumentation der erbrachten Arbeit insbesondere
144 für junge Menschen auf Zeugnissen.

145

146

147

148

149 Flexibles Renteneintrittsalter

150 Wir wollen das Renteneintrittsalter flexibler gestalten. Damit das funktioniert, müssen auch
151 unsere Arbeitsmodelle beweglicher werden. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass sich eine
152 Arbeit in Teilzeit nicht negativ auf die Rente auswirkt. Renten sollen steuerfrei sein und die
153 Hinzuverdienste sollen dahingehend ebenfalls steuerfrei gestaltet werden.

154

155

156 Flächendeckende Gesundheitsversorgung

157 Der Fachkräftemangel spiegelt sich auch im medizinischen Bereich wider. In den kommenden
158 Jahren werden wir vor der Aufgabe stehen, der Unterversorgung medizinischen Personals
159 entgegenzuwirken.

160 Eine große Herausforderung ist die Praxisnachfolge insbesondere von Allgemeinmedizinerinnen
161 und Allgemeinmedizinern. Laut mehrerer Umfragen bei Studierenden im Medizinbereich, sehen
162 sich viele angehende Medizinerinnen und Mediziner lieber im Angestelltenverhältnis. Um die
163 Freiberuflichkeit des Arztberufes mit den aufkommenden Wünschen kommender Generationen
164 besser zu vereinbaren, braucht es mehr Möglichkeiten zur Arbeit auch im
165 Angestelltenverhältnis und in Teilzeit. Der Arztberuf im ländlichen Raum muss neu gedacht
166 werden. Dazu muss es leichter möglich sein, einen Arzt in seiner Praxis anzustellen, oder auch
167 sich einen Arztsitz zu teilen.

168 Wir werden dem klassischen Landarzt in Einzelpraxen Angebote von Gemeinschaftspraxen,
169 Zweigpraxen und medizinische Versorgungszentren in privater Trägerschaft schaffen und durch
170 telemedizinische Angebote in der Arbeit unterstützen. Auch wenn die Zulassung von Ärztinnen
171 und Ärzten durch die Kassenärztliche Vereinigung erfolgt, können die Kommunen hier
172 unterstützen. Eine Möglichkeit der kommunalen Unterstützung sehen wir uns medizinische
173 Versorgungszentren in privater Trägerschaft, welche insbesondere die gesundheitliche
174 Versorgung im ländlichen Raum absichern sollen. Auch bei der Suche und gegebenenfalls
175 Erschließung von Flächen sollen die Kommunen eine aktive Rolle einnehmen. Neben der

176 medizinischen Versorgung sollen diese medizinische Versorgungszentren in privater
177 Trägerschaft auch in anderen Bereichen der Gesundheitsfürsorge ausgestattet werden.
178 Angebote von ambulanter Pflege, über Tagespflege, Familienentlastung und Kurzzeitpflege sind
179 dabei lohnende Ergänzungen eines umfangreichen Angebots der wohnortnahen Versorgung.
180 Das Land ist hierbei in der Pflicht, sich zur Absicherung solcher Modelle in der Vergütung auf
181 Bundesebene einzusetzen und die Kommunen bei der Förderung zu unterstützen.

182
183 Ein weiterer Beitrag, um der räumlichen Ausdünnung der Versorgung entgegenzuwirken,
184 besteht nach unserer Auffassung in der Stärkung der Delegation ärztlicher Leistungen, z.B.
185 durch den verstärkten Einsatz von nicht-ärztlichen Praxisassistentinnen oder -assistenten
186 (NäPAs) oder Physician Assistants. Die universitäre Ausbildung bspw. an der BTU Cottbus-
187 Senftenberg ist ein erster wichtiger Schritt, um die gesundheitliche Versorgung breiter
188 aufzustellen. Dieses Fachpersonal übernimmt unterstützende Aufgaben für die Ärztin oder den
189 Arzt. Im Rahmen von Hausbesuchen oder Leistungen innerhalb der Praxis kommt es zu einer
190 professionellen Aufgabenverteilung und einer individuelleren und auf die Patienten
191 zugeschnittene ärztliche Versorgung. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass solche Modelle
192 noch konsequenter mit telemedizinischen Anwendungen einhergehen. So wird der Arzt beim
193 Hausbesuch nicht in allem ersetzt, sondern kann auch das Beratungsgespräch auf Basis von vor
194 Ort gemessenen und übertragenen Daten direkt mit dem Patienten führen.

195

196

197 Pflege zukunftsfähig aufstellen

198 Neben dem Bund sind auch Länder in der Verantwortung, in ihren Kompetenzbereichen die
199 Pflege weiterzuentwickeln und zukunftsfähig aufzustellen.

200

201 In der Pflege geht der demografische Wandel nicht spurlos vorbei. Wenn sich auf dem
202 Arbeitsmarkt absolut weniger Menschen befinden, kommen auch in der Pflege weniger

203 Fachkräfte an. Jedoch ist der Umfang der zu erfüllenden Aufgaben in den letzten Jahren stetig
204 gestiegen, da die wachsende Zahl älterer Menschen einen erhöhten Pflegebedarf verursacht.
205 Die Arbeitsbedingungen müssen so ausgestaltet sein, dass Belastungen und
206 Verdienstmöglichkeiten im Vergleich zu anderen Branchen wettbewerbsfähig sind und
207 Pflegefachkräfte dauerhaft im Beruf gehalten werden können. Aufstiegs- und
208 Entwicklungsmöglichkeiten sind in dieser Branche leider nur unzureichend vorhanden und
209 benötigen eine umfangreiche Veränderung. Weiter- und Fortbildungsangebote müssen fester
210 Bestandteil des Berufsbildes sein und weiter ausgebaut werden.

211

212 Es sollen neue Berufsbilder und deren Studiengänge gestärkt werden, wie z.B. die des Physician
213 Assistant. Wir unterstützen die bundesrechtliche Öffnung der dualen Pflegeausbildung mit
214 angemessenen Ausbildungsvergütungen.

215

216 Da der Fachkräftemangel auch in der Pflege nicht allein durch Personen aus Deutschland
217 bewältigt werden kann, müssen Bund und Länder die Möglichkeiten für Fachkräfte aus d r
218 Verknappung von Ruhe- und Pausenzeiten. Die Wege zwischen den Patienten sind Arbeitszeit
219 und keine Pausen. Die Arbeitszeitdokumentation muss komplett digital erfolgen, so dass die
220 Arbeit am Schreibtisch durch Arbeit am Menschen ersetzt werden kann. em Ausland für die
221 Arbeit in der Gesundheits- und Pflegebranche in Deutschland verbessern. Einreise- und
222 Anerkennungsverfahren müssen vereinfacht und Sprachförderungen ausgebaut werden.

223

224 Der Stress und die psychische Belastung aller in der Pflege tätigen Personen ist bereits jetzt sehr
225 hoch. Wir wollen Pflegekräfte nicht allein lassen, deshalb braucht es mehr Angebote zur
226 Selbstfürsorge und Regeneration und eine Pflicht zur Supervision.

227

228 Oft ist den pflegenden Angehörigen ein Überblick über bestehende und möglicherweise
229 zukünftige Angebote im Bereich der Pflege nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich. Aus

230 diesem Grund benötigen wir einen landesweiten Gesamtüberblick über die vorhandenen
231 Angebote. Wir sprechen uns dafür aus, dass das Land Brandenburg die landesweite
232 Angebotsdatenbank gemeinsam mit den entsprechenden Akteuren stets aktualisiert und besser
233 bewirbt.

234

235 Einen weiteren Baustein für eine bessere Versorgung können Land und Kommunen durch
236 Seniorenservice-Büros leisten. Hierbei leisten diese Büros, die auch mit anderen
237 Beratungskompetenzen ausgestattet werden sollen, wichtige Aufklärungsleistung. Sie zeigen
238 Unterstützungsangebote im Alltag auf, informieren über mögliche Hilfsmittel für die
239 Bewältigung des Alltags, zeigen Wege für Zuschüsse auf, befassen sich mit unfallvermeidenden
240 Wohnungseinrichtungen oder den Möglichkeiten des Wohnungsumbaus. Ziel soll es auch sein,
241 dass diese auch flächendeckend in Fremdsprachen beraten können, oder ein Pool an
242 Dolmetschern zur Verfügung steht.

243

244 Eine Möglichkeit der Unterstützung durch das Land sehen wir auch bei Azubi-Wohnheimen.
245 Studentische Wohnheime sind insbesondere in den Universitätsstädten zur Normalität und zum
246 Standard geworden. Im Bereich der Ausbildung junger Menschen sehen wir hierbei noch viel
247 Potential. Knapper Wohnraum und steigende Mieten sind große Herausforderungen junger
248 Menschen, die bspw. einen Pflegeberuf erlernen. Die Schaffung neuer Azubi-Wohnheime bzw.
249 die Öffnung von Studentenwohnheimen für Azubis stärkt nicht nur den Pflegeberuf, sondern
250 unterstützt generell junge Menschen in einer Berufsausbildung.

251

252 Auch in der Pflege bietet die Digitalisierung große Chancen, was bspw. die Versorgung mit
253 WLAN in allen Alten- und Pflegeheimen voraussetzt. Menschliche Zuwendung und der
254 menschliche Kontakt kann nicht ersetzt werden. Unsere Arbeitswelt wird immer digitaler und
255 somit können in der Pflege Abläufe beim Personal oder Arbeitsschritte in der Verwaltung sowie
256 die Pflegedokumentation durch die Digitalisierung beschleunigt, erleichtert und kostensparend
257 realisiert werden. Somit wird gleichzeitig mehr Zeit für den persönlichen Austausch zwischen

258 den zu pflegenden Menschen und dem pflegenden Personal geschaffen. Das Land kann dabei
259 Modellprojekte fördern, die Vorbildcharakter für die digitalisierte Pflege haben und gleichzeitig
260 mögliche Probleme schneller identifizieren und lösen. Ergänzend können technische
261 Assistenzsysteme (auch Robotik) erprobt und vorangetrieben werden.

262

263 Vor dem Hintergrund der Herausforderungen des demografischen Wandels und des Wandels
264 am Arbeitsmarkt ist es zwingend, das Altersvorsorgesystem zu modernisieren, nachhaltig
265 finanzierbar zu gestalten und den kapitalgedeckten Teil der Altersvorsorge zu stärken. Daher
266 schlagen wir vor, die verpflichtende erste Säule unseres Rentensystems künftig auf zwei Pfeiler
267 zu stellen, dadurch endlich für Demographiefestigkeit zu sorgen und das Rentenniveau
268 langfristig wieder zu steigern. Dabei wird genau derselbe Anteil wie bisher für die
269 Altersvorsorge aufgewendet – wie üblich aufgeteilt in Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag.
270 Neu ist, dass neben dem größeren Betrag, der weiter in die umlagefinanzierte
271 Rentenversicherung fließt, ein kleinerer Betrag von zum Beispiel zwei Prozent des
272 Bruttoeinkommens in eine langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge
273 angelegt wird, die als Fonds unabhängig verwaltet wird, eben die gesetzliche Aktienrente.
274 Schweden macht uns seit Jahren vor, wie Aktien-Sparen so erfolgreich und risikoarm organisiert
275 werden kann. Durch unser Modell erwerben zukünftig alle Beitragszahlerinnen sowie
276 Beitragszahler – insbesondere auch Geringverdiener – echtes Eigentum für ihre Altersvorsorge
277 und erhalten höhere Altersrenten. Der Staat hat aber auch bei der Pflege eine wichtige
278 Verantwortung, welcher er gerecht werden muss. Deshalb fordern wir, dass die
279 beitragsfinanzierte Pflegeversicherung ebenfalls in eine aktienbasierte Pflegeversicherung
280 umstrukturiert wird. Somit schaffen wir in der jetzigen Zeit ein stabiles Finanzierungssystem
281 über Generationen hinweg, welches ohne Bezuschussung durch den Bundeshaushalt durchhält
282 und ermöglichen den Pflegekassen eine bedarfsgerechte Pflege aller Menschen.